

AM MEXIKOPLATZ

Ljubomir Bratic

Die Communities der Vlachén, Serben, Türken, Juden, diejenigen der Sexarbeiterinnen und MigrantInnen, der Polizisten und SozialarbeiterInnen, sie sind diejenigen, die durch die „Ausländergesetzgebung“ aufeinander angewiesen sind. Die Polizisten kontrollieren und haben dadurch einen sicheren Job, die MigrantInnen lassen sich perlustrieren und fluchen lautlos. An diesem Tag hätten die Gegensätze und Gemeinsamkeiten nicht klarer sein können.

Am Mexikoplatz, einem urbanistisch unscheinbaren Stück Wiens inmitten einer ausgedehnten Gegend von heruntergekommenen Basenhäusern, in der Nähe der aus dem Wiener Stadtbild vertriebenen Donau, setzt sich an einem milden Dezembersamstag ein Mensch auf die Bank und schaut umher. Er würde gerne gegen die erbärmlichen Verhältnisse, die den Bezirk zu einem polizeilich meistkontrollierten Viertel Wiens haben werden lassen, etwas tun. Durch den Nebel sieht man vereinzelte Figuren anderer Männer, die herumstehen und seltenen Spaziergängern etwas anbieten möchten. Kinder kaufen Fladenbrot am Kiosk gegenüber der türkischen Kellerbäckerei. Und schließlich begeben sich einige Sozialarbeiter zur Hausversammlung in die Wehlstraße, um die Gefahr der Streitereien anzuprangern und die Vorteile des Miteinanders hochleben zu lassen.

Zu den Hausversammlungen gehen die MitarbeiterInnen der von Stadtregierung initiierten und finanzierten MigrantInnenbetreuungsstellen. Informiert und angerufen wurden sie von MigrantInnen dort, um die Streitereien unter den BewohnerInnen des Hauses, die zur 90% aus MigrantInnen bestehen, zu schlichten.

Während die Hausversammlung mit Überzeugung, Reden und Gegenreden über die Bühne geht, läuft in den verfallenen Reihenhäusern und in den Hinterhöfen rundherum eine ganz andere Szene ab. Schon vor Einbruch der Dämmerung haben junge Frauen ihre Plätze an den Straßenecken bezogen und lächeln den Passanten entgegen. Mit einmal sind die Spielplätze und Fußgängertreffen zu einem Straßenmarkt für die Sexarbeiterinnen umfunktioniert.

Vor einem Haus, dessen Türe mit zerschlagenem Fenster ewig offen ist, stehen Männer mittleren Alters und diskutieren über die Möglichkeit, eine andere Wohnung zu finden. Jeder hält in der Hand eine Dose „Schwechater“ Bier, die einer von ihnen aus der umliegenden Wohnung geholt hat. Auf der Treppe der Kirche bilden sich Gruppen von Jugendlichen. Sie hören Musik von Ceca und anderen beliebten SängerInnen. Der jugoslawische „Turbofolk“ für die Zweite Generation MigrantInnen in Österreich. Die Luft ist dicht, schwer vorauszusagen, was heute Abend noch passieren wird. Die Junkies unter ihnen sind nicht mehr da, die Verwandten und Eltern könnten sie sehen, ihr Platz ist der Schottenring und Südtirolerplatz. Genauso wie die Erste Generation MigrantInnen früher bewohnen sie die Bahnhöfe.

Das sind sie also, die BewohnerInnen vom Mexikoplatz, die MigrantInnen, die um das Herz und die Seele vom Stuwerviertel kämpfen - einer ewig verelenden Enklave Wiens, wo sie sich bedingt durch den rassistischen Ausschluss aus der Gemeindewohnungen einnisten dürfen. Auf der anderen Seite die SozialarbeiterInnen: Sie wollen den Menschen Mut geben, und sie wollen ein neues Gefühl von Stärke und Gemeinsamkeit unterstützen. Ihnen gegenüber stehen die kontrollierenden Polizisten, die Communities der Vlachén, Serben, Türken, Juden, diejenige der Sexarbeiterinnen und MigrantInnen. Sie sind diejenigen, die durch die rassistische „Ausländergesetzgebung“ aufeinander angewiesen sind. Die Polizisten kontrollieren und haben dadurch einen sicheren Job, die MigrantInnen lassen sich perlustrieren und fluchen lautlos. An diesem Tag hätten die Gegensätze und Gemeinsamkeiten nicht klarer sein können.

Der Mexikoplatz und damit Wien, ist repräsentativ für alle MigrantInnen in Österreich. Ca. 800.000 bilden 9% der österreichischen Bevölkerung. Trotz der Erfolge der Beratungsstellen und anderer beratender NPO-s und trotz 40jährigem Aufenthalt in Österreich, wohnen MigrantInnen nach wie vor mehrheitlich in den schäbigsten Stadtteilen und Gegenden Wiens und Österreichs. Noch immer leiden sie unter einer viel größeren Abhängigkeit vom Arbeitgeber, verdienen um ein Viertel weniger als ÖsterreicherInnen und sind weit häufiger Polizeikontrollen ausgesetzt als die local people.

Die Darstellung junger MigrantInnen in „Nordrand“ und anderen österreichischen Filmen der neueren Generation hat die Zweite Generation ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Auch wenn wir in den Portraits, die zunehmend mittels Bilder und Texte auf uns zukommen, die Überzeichnung bei Seite lassen, bleibt das Bild des migrantischen Ostarrichi düster: Im Integrationsindex des Institut für

Höhere Studien (IHS) zeigte sich, dass die MigrantInnen in Österreich europaweit am meisten benachteiligt werden. 70% der MigrantInnen in Wien arbeiten als Putzfrauen, KüchengehilfInnen oder Bauarbeiter. In österreichischen Gefängnissen sind sie überproportional, von niemanden besucht und betreut, vertreten. Für die Wohnungen, die sie beziehen, zahlen sie durchschnittlich ein Viertel mehr als ihre ArbeitskollegInnen, weil die Gemeindebauten aus rassistischen Gründen für sie nicht offen sind. Beziehen sie Sozialhilfe, kommen sie in die Situation, ihre Aufenthaltsbewilligungen zu verlieren, weil sie auf „Kosten des Staates Österreichs“ nicht leben dürfen. Doch am Schwersten wiegt, dass viele bis jetzt ihre Familien, Kinder und EhegattInnen nicht hierher holen durften, weil die Quote für, wie das im Beamtendeutsch heißt „Familienzusammenführung“, jahrelang im vorhinein erfüllt ist.

„Diese Gesellschaft will von uns nur eines: unsere Arbeitskraft und das möglichst billig“, meint Dragoljub Dacic, selbst längst ein Pensionist, der, wenn er nicht mit der Familie seines Sohnes leben könnte, keinen Platz in einem österreichischen Altersheim bekommen dürfte. Seit Anfang der neunziger Jahre begann die Situation der MigrantInnen in Österreich sich noch mehr zu verschlechtern. Mit dem „Aufenthaltsgesetz 1993“ und seinen rassistischen Paragraphen sind Tausende von MigrantInnen einfach aus dem Land geworfen worden. Die Wenigen, die es damals geschafft haben, eine Berufung einzulegen, haben erst mit der Gesetzesänderung von 1997 Recht bekommen oder sind noch heute gerichtlich anhänglich. Das migrantische Ostarrichi sitzt in der Krise. Diese Not wiederum löste eine Flut von Kriminalisierungen aus, die von der offiziellen Presse lanciert wurde. Wer erinnert sich heute noch an die rumänischen Tresorknacker, an die Banden der MigrantInnenjugendlichen wie die gefährlichen (sic!) „Red Brothers“ auf der Donauinsel, an die Chinesische und an die Russische Mafia? Alle diese haben in der letzten Zeit den Nigerianischen Drogendealern Platz gemacht. Diese Kriminalisierung hat dazu geführt, dass die Toten, welche die österreichische Polizei in letzter Zeit zu verantworten hat, Imre B., Lubomir B., Richard Ibeque und Markus Omofuma, heißen. Alles MigrantInnen, deren Tode noch immer auf eine Klärung warten. Die repressive Geist der „Ausländergesetzgebung“ wird hier durch den Staatsapparat mit angeblichen Deviationen der MigrantInnen gerechtfertigt.

Die sowieso schlechte wirtschaftliche und soziale Stellung der MigrantInnen verschlechterte sich zunehmend in den letzten zehn Jahren. Ich betreue eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern, die von 6 in der Früh bis um 11 und dann von 14 bis 21 Uhr in einer Reinigungsfirma als Putzfrau arbeitet. Sie verdient höchstens 10000 Schilling. Ihre Kinder sind sieben und zehn Jahre alt und gehen alleine in der Früh in die Schule, kommen alleine am Abend nach Hause und gehen alleine schlafen. Ihre Mutter sehen sie am Wochenende. Es gibt keine Hilfsprogramme für MigrantInnen, sie müssen ihr Überleben tagtäglich erkämpfen.

Nachdem die Beratungsstellen und Betreuungseinrichtungen die Stellung der MigrantInnen in der Gesellschaft kaum verbessert haben, setzt jetzt eine Debatte über die Ursachen des Übels ein. Die Zuständigen für die Integration führen die gegenwärtige Situation auf die mangelnden Sprachkenntnisse der MigrantInnen, auf deren Unwillen, sich anzupassen, zurück. Als Lösung fordern sie mehr Plakate, um die ÖsterreicherInnen zu überzeugen, dass ein „Miteinander“ unvermeidlich und nett ist. Und für die MigrantInnen fordern sie obligatorische Deutschkurse. Die MigrantInnen selbst sehen die Schuld hingegen in der Gesetzgebung, in einer restriktiven und diskriminierenden Ausrichtung der Gesetze, die innerhalb der großen politischen Parteien auf Konsens stießen. Sie wollen eine Aufhebung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, des Fremdengesetzes, sie wollen als Zivilbevölkerung einer Zivilbehörde unterstellt werden, und nicht, wie bis heute, der Fremdenpolizei. Und sie wollen ein Wahlrecht haben.

Die Integration ist nicht eine Pflichtleistung der MigrantInnen sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe die auf politische Ebene, um Rainer Bauböck, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, zu zitieren, vor allem Gleichberechtigung heißt. Integration heißt Sicherheit des Aufenthalts, ein Recht auf Familienleben, freier Zugang zur Beschäftigung für niedergelassene MigrantInnen, gleiche Sozialleistungen für alle Bürger Österreichs, passives Wahlrecht bei betrieblichen Interessenvertretungen und Möglichkeit einer politischen Mitbestimmung. Und so sitze ich auf der Bank am Mexikoplatz, notiere Teile dieses Textes.

Ljubomir Bratic ist Mitinitiator des Austrian Network Against Racism (ANAR), arbeitet im Wiener Integrationshaus.